

Newsletter Landtag-Heidekreis



Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!



LANDESHAUSHALT 2021 - EIN HAUSHALT DER STABILITÄT

„Dieser Haushalt 2021 ist vor allem ein Haushalt der Stabilität. Das klingt langweilig. In Wahrheit aber ist es in einer so schweren Krise ein ganz wichtiges Signal. Wir bleiben verlässlich. Wir bleiben berechenbar. Wir bleiben stabil. In Zeiten der Krise ist Stabilität ein Wert an sich“, erklärte unser haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele in der Debatte zum Niedersächsischen Landeshaushalt 2021.

Stabilität und Verlässlichkeit spiegeln sich auch in den politischen Beschlüssen von CDU und SPD zum Haushalt 2021 wider, die ich im Einzelnen, nach Ministerien gegliedert, vorstellen werde. Denn diese zielen im Wesentlichen darauf ab, in der Krise Strukturen zu stabilisieren – insbesondere im Ehrenamt. Die Haushaltsanträge von CDU und SPD sichern zudem parlamentarische Beschlüsse der vergangenen Monate ab. Wir stärken zum Beispiel den Kinderschutz, indem wir den Bau und Betrieb eines fünften Kinderschutzzentrums in Niedersachsen finanzieren und die Arbeit des Landespräventionsrates stärken. Und wir sagen deutlich, dass gerade in der Krise sich die Niedersächsische Schuldenbremse sehr bewährt. Sie hindert uns beispielsweise nicht daran, Beatmungsgeräte zu kaufen, Soforthilfen zu zahlen, in die Stabilität unserer Wirtschaft zu investieren. Der Tilgungsplan, der zusammen mit dem zweiten Nachtragshaushalt vorgelegt werden musste, zeigt zugleich schmerzhaft auf, dass man sich Geld nicht nur leihen kann, sondern es auch zurückzahlen muss.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass an diesem Haushalt leider als allererstes die enorme Neuverschuldung auffällt. Eine notwendige Neuverschuldung. Aber eine Verschuldung die uns trotzdem mit großer Sorge erfüllt.

„Wir dürfen nicht ausblenden, dass wir vor großen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stehen! Und hierzu gehören unterschiedliche Bereiche, ohne deren Wirtschaftskraft wir die zur Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigten Steuermittel nicht erzielen werden“, so unser Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer in der allgemeinpolitischen Debatte.

„Niedersachsen ist beispielsweise die Heimat des größten Reisekonzerns der Welt. Niedersachsen ist die Heimat einer der erfolgreichsten Kreuzschiffwerften, ebenfalls weltweit. Niedersachsen verfügt über einen exzellenten Großflughafen. Daher ist es richtig, dass diese Landesregierung alles tut, um die Tourismuswirtschaft in Niedersachsen auch in diesen Zeiten, in denen eigentlich gar kein Tourismus stattfinden kann, am Leben zu halten“, so Toepffer weiter, natürlich eingebunden die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe, an der Nordsee, in der Heide, im Harz und im Emsland.

„Wir brauchen Unternehmen, um aus der Krise neu starten zu können. Wir brauchen solche Unternehmen auch, um die jetzige Verschuldung zurückzuführen. Und natürlich ist der größte Reisekonzern auch als einer der wichtigsten Auftrag- und Arbeitgeber gefragt“, erläuterte Toepffer.

Im Ziel sind wir uns dabei einig. Im Detail setzten wir aber durchaus unterschiedliche Prioritäten. „CDU und SPD nähern sich den aktuellen Problemen tatsächlich oft von verschiedenen Seiten. Und erreichen so trotzdem für das Land gute Ergebnisse. So werden wir in Zukunft weitermachen“, Toepffer abschließend.

IN DIESER AUSGABE

- 1 - 5 Haushalt 2021
- 6 Aus dem Plenum
- 7 Aus dem
Europaausschuss
- 8 Weihnachtsgruß





KOALITION STÄRKT BEHÖRDEN IM KAMPF GEGEN EXTREMISTEN

- MINISTERIUM FÜR INNERES UND SPORT -

Vor dem Hintergrund einer nach wie vor äußerst angespannten Sicherheitslage in Deutschland dürfen wir im Kampf gegen Extremisten und Terroristen nicht lockerzulassen. In der Debatte zum Haushaltsentwurf des Innenministeriums sagte der innenpolitische Sprecher Sebastian Lechner, dass Bund und Länder noch besser zusammenarbeiten müssten – insbesondere beim polizeilichen Datenaustausch. „Es kann nicht sein, dass bekannte Extremisten vom Radar der Behörden verschwinden, sobald sie eine Landesgrenze überschreiten. Es ist unerlässlich, den Austausch zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Mit dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen IT-Fonds wollen wir diese Lücke schließen.“ 3,8 Millionen Euro trägt Niedersachsen zu dessen Finanzierung bei.

Im Kampf gegen Kriminalität und Extremismus haben Polizei und Verfassungsschutz bereits in den vergangenen Jahren der rot-schwarzen Koalition eine deutliche Aufwertung erfahren. Die im Jahr 2017 650 zusätzlich eingestellten Kommissar-Anwärterinnen und -Anwärter haben ihre Ausbildung abgeschlossen und werden 2021 den Dienst aufnehmen. Hierfür werden die Anwärter- in Kommissarstellen umgewandelt. 80 Millionen Euro stellt das Land darüber hinaus für die Sanierung und Modernisierung der Liegenschaften des Verfassungsschutzes bereit.

Deutlich mehr Unterstützung erhält aufgrund künftig steigender Anforderungen durch den Klimawandel auch der Katastrophenschutz in Niedersachsen. Nachdem die Mittel im vergangenen Jahr durch CDU und SPD zunächst einmalig um eine Million Euro erhöht wurden, wird diese Erhöhung nun bis 2024 fortgeschrieben und um weitere 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Damit können wir den Kommunen zusagen, dass im kommenden Jahr 10 Millionen Euro Fördermittel für die Anschaffung von Fahrzeugen für die Brandbekämpfung und den Katastrophenschutz bereitstehen. Zusätzliche professionelle Unterstützung erhalten die Landkreise künftig durch das im kommenden Jahr startende Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz. Es bleibt dabei, dass der Brandschutz regional sichergestellt wird. Zentrale Aufgabenfelder wie die Aus- und Weiterbildung wollen wir aber auch zentral organisieren.

Mehr Engagement forderte Lechner abschließend im Bereich E-Government. „Wir sollten den digitalen Schwung der Pandemie nutzen und endlich vorankommen. Das Geld hierfür steht bereit. Jetzt gilt es, zu substantiellen Fortschritten zu kommen.“

HAUSHALT SETZT SOZIALPOLITISCHE AKZENTE IM BEREICH KRANKENHAUSVERSORGUNG

- MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND GLEICHSTELLUNG -

Der Sozialetat ist mit einem Gesamtvolumen von rund 5,4 Milliarden Euro der zweitgrößte Etat in allen Niedersächsischen Ministerien. Neben der Corona-Bekämpfung, finden die Themen Gesundheit und Pflege, Erhalt sozialer und ehrenamtlicher Hilfsstrukturen, Behindertenhilfe, Kinder-, Frauen- und Gewaltschutz besondere Beachtung. Es sind bereits sehr gute Ergebnisse erzielt worden, die sich zum Teil auch in unserer politischen Liste zum Haushaltsentwurf 2021 widerspiegeln. Des Weiteren stehen uns im Jahr 2021 mit den Gegenfinanzierungen der Kommunen und den Bundesmitteln 250 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung. Hinzu kommen rund 400 Millionen Euro aus dem Zukunftsprogramm für Krankenhäuser. Diese Summe wird die Krankenhausversorgung in Niedersachsen nachhaltig stärken. Auch unser Heidekreis partizipiert von diesen Fördermitteln, indem die 130 Mio. Euro für den zentralen Neubau des Heidekreisklinikums auch im Haushaltsplan 2021 verstetigt sind.

Aufgrund des demographischen Wandels steigt die Zahl der Menschen mit Pflege oder der Betreuungsbedarf stetig an. Und sie alle haben den großen Wunsch, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung, in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung bleiben zu können. Deshalb soll das Förderprogramm „Wohnen und Pflege im Alter“ die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Wahlfreiheit beim Wohnen und bei der Pflege im Alter ist wichtig. Dazu zählen auch neue Wohnformen, wie beispielsweise ‚Alters-WGs‘. Diesen Wandel in der Pflege müssen wir im Blick haben, denn das ist ein Modell der Zukunft. In diesem Zusammenhang ist auch sehr zu begrüßen, dass im Haushalt wieder Senioren und Pflegestützpunkte mit 170.000 Euro berücksichtigt werden.



WISSENSCHAFT IST IN DER LAGE, DIE PANDEMIE ZU ÜBERWINDEN

-MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KULTUR-

„Die Bewegungsmöglichkeiten im Wissenschaftshaushalt sind begrenzt und die Bewältigung der Pandemie überschattet alle anderen Themen. Dabei ist einzig die Wissenschaft in der Lage, die Pandemie selbst zu überwinden“, so unser wissenschaftlicher Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Hillmer in der Haushaltsdebatte. Nur die Wissenschaft kann mit neuen Medikamenten und Impfstoffen dieser Pandemie ihren Schrecken nehmen und das Zusammenleben der Menschen wieder normalisieren.

Dabei ist anzumerken, dass unsere niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen führend in der Infektionsforschung sind. Insbesondere das Forschungsnetzwerk COFONI wird unsere Forschungskapazitäten bündeln und stärken. Die zusätzlichen Mittel für die Forschungsförderung sind aber nicht im normalen Haushalt zu finden. Diese sind bereits im letzten Nachtragshaushalt und im Sondervermögen abgesichert worden.

Ebenso stellen wir Mittel in der der Erwachsenenbildung, der Forschungsförderung und der Kultur zur Verfügung. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz lösen wir die Zusage ein, dass wir für alle Studierenden, die in einem corona-beinträchtigten Semester studiert haben, die Regelstudienzeit um ein Semester gesetzlich erhöhen. Individuelle weitergehende Anträge an die Hochschulen bleiben möglich. Damit schaffen wir eine klare Regelung und eine Unterstützung für unsere Studentinnen und Studenten.

Wir wissen, dass die Kultur von der Corona-Pandemie stark betroffen ist. Mit dem Haushalt 2021 zeigen wir aber auch deutlich, dass wir die vielfältigen kulturellen Strukturen in Niedersachsen erhalten und weiter fördern wollen. Dazu wurden zahlreiche Mittel im Vergleich zu 2020 im Haushalt verstetigt. Die Kommunalen Theater erhalten weiterhin etwa 30 Mio. Euro. Das Investitionsprogramm für kleine und mittlere Kultureinrichtungen in Höhe von 2,5 Millionen Euro wird erneut aufgelegt, die Steigerungen für die Theaterpädagogik und freien Theater mit jeweils 250.000 Euro sowie für das Musikalisierungsprogramm für Kinder mit 500.000 Euro werden fortgeschrieben. Ein neuer Impuls wird mit der Projektförderung der Kunstschulen in Höhe von 150.000 Euro gegeben. Davon könnte auch beispielsweise unsere Kunstschule PINX in Schwarmstedt profitieren.

EU FÖRDERT GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IM GANZEN LAND

-MINISTERIUM FÜR BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN UND REGIONALENTWICKLUNG-

In der Debatte zum Haushaltsentwurf des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung habe ich, als Vorsitzende des Europaausschusses, die Bedeutung der EU-Fördermittel für die Stärkung des ländlichen Raums in Niedersachsen betont. „Wir müssen Europa im Kleinen gestalten und Globalisierung als Chance für die regionale Wettbewerbsfähigkeit verstehen. Stärken wir die ländlichen Strukturen, stärken wir Europa. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind die Klammer, die uns auch in Krisen zusammenhält.“ Bis 2027 erhält das Land – die Zustimmung des EU-Parlamentes vorausgesetzt – etwa 2,4 Milliarden Euro aus den drei Förderprogrammen ELER, EFRE und ESF.

Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, diese Mittel gezielt und nachhaltig einzusetzen. Beispiele wie der mobile „Tante-Emma-Laden“ in der Gemeinde Neuenkirchen im Heidekreis oder die „A2O“-Mobilitätsregion im Bremer Umland zeigen, wie EU-Mittel erfolgreich eingesetzt werden können, um den sozialen Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum zu stärken. Gleiches gilt für länderübergreifende Kooperationen: „Wir wollen weiter eng mit unseren Partnern in den Niederlanden und der Nord-Ostsee-Region zusammenarbeiten, um Entwicklungsdifferenzen zu mildern und den ökonomischen Zusammenhalt zu stärken. Davon profitieren unsere Grenzregionen, und deshalb werden wir die Kooperationen weiterhin mit EU-Mitteln fördern“.

Mit Blick auf die gemeinsamen Ziele der deutschen, portugiesischen und slowenischen EU-Ratspräsidentschaft mahnte ich gemeinsam mit meinem Kollegen Marcel Scharrelmann im Hinblick auf den nicht zielführenden Antrag der FDP-Landtagsfraktion an, mehr Geduld in der Krise zu haben. „In einer Phase, in der die Europäische Union millionenfache Impfdosen ordert, Aufbauprogramme auflegt und alles tut, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen, nun den Eindruck zu erwecken, als hätten die handelnden EU-Staaten nach nicht einmal einem Drittel der gemeinsamen Vorsitzzeit alle Ziele aus den Augen verloren, ist absurd.“

Die Europäische Union arbeitet an zahlreichen Verbesserungen und „nutzt die Digitalisierung zu unser aller Vorteil. Ein einfacher Blick auf die Homepage der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zeigt, dass die Arbeit in vielen Bereichen online nahtlos fortgesetzt werde. „Deutschland ist nicht nur Anker und Problemlöser, sondern auch weiterhin Motor der EU. Diesen Anspruch müssen wir immer wieder geltend machen und die Chancen nutzen, die uns die Ratspräsidentschaft bietet.“



RECHTZEITIG EIN BÜNDEL VON FÖRDERMASSNAHMEN AUF DEN WEG GEBRACHT

-MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT, VERKEHR UND DIGITALISIERUNG-

Die Corona-Pandemie hat auch auf die Wirtschaft schwere Auswirkungen. Viele Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht. „Ich bin zutiefst erschüttert über diese Entwicklungen. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um den Betrieben zu helfen. Durch die Hilfen von Bund und Land konnten bereits Finanznöte abgemildert werden“, so Karl-Heinz Bley, wirtschaftspolitischer Sprecher unserer Fraktion.

Die Wirtschaft ist in Niedersachsen trotz Corona gut aufgestellt und das auch wegen der guten Wirtschaftspolitik unseres Wirtschaftsministers Dr. Bernd Althusmann.

Niedersachsen hat durch den zweiten Nachtragshaushalt und durch das Sondervermögen in diesem Jahr rechtzeitig ein Bündel von Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht. In fast allen Wirtschaftsbereichen gibt es Hilfestellungen und Anreize für Investitionen. „Das Sonderprogramm für Tourismus und Gastronomie in Höhe von 120 Millionen Euro ist beispielsweise ein wichtiges Signal. Auch bin ich dem Wirtschaftsministerium für die Förderung des Nahverkehrs dankbar. Für den ÖPNV und die Schülerbeförderung stellen wir 30 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Ich begrüße hier den dazugehörigen Stufenplan, beginnend mit der ‚U21-Freizeitkarte‘“, so Bley weiter. Davon profitieren wir auch im Heidekreis.

Unabhängig von der Corona-Pandemie ist die Aufstockung des Landesstraßenbauplanfonds sowie Investitionen in den Bau und die Instandhaltung von Radwegen an Landesstraßen wichtige Maßnahmen. Über die politische Liste haben wir erreicht, dass nochmal 1,5 Millionen Euro für die Landesstraßen und 1,5 Millionen Euro für Maßnahmen des Fahrradmobilitätskonzeptes bereitgestellt werden. Der Landesstraßenbauplanfonds umfasst jetzt insgesamt 113 Millionen Euro.

RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN, DIE ES ERMÖGLICHEN, FAIR UND ÜBER ALLE STUFEN HINWEG DIESE WERTSCHÖPFUNG ZU PARTIZIPIEREN

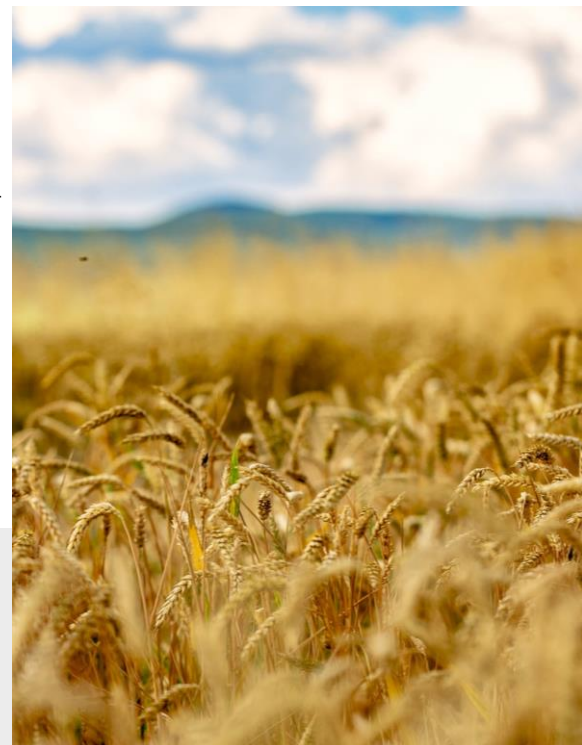
-MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ-

Unser agrarpolitische Sprecher Helmut Dammann-Tamke ging während seiner Haushaltsrede auf die ausgesprochen schwierige und gerade in wirtschaftlicher Hinsicht angespannte Situation in der niedersächsischen und auch deutschen Landwirtschaft ein.

Im Frühjahr ist der Sektor Agrar, Ernährung und Lebensmittel noch als systemrelevant eingestuft worden. „Heute müssen wir feststellen, dass der Lebensmitteleinzelhandel Rekordumsätze verzeichnet, während beim verarbeitenden Gewerbe, das größtenteils unter voller Auslastung arbeitet, nichts ankommt“, so Dammann-Tamke.

Neben diesen strukturellen Verwerfungen erwartet ein großer Teil unserer Gesellschaft einen Transformationsprozess, der in seiner Vielfalt und Tragweite einzigartig ist. Neben anderen Wirtschaftszweigen, ist auch dieser Wirtschaftszweig einem enormen Druck ausgesetzt. Mehr denn je ist es Aufgabe von uns Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen fair und über alle Stufen hinweg diese Wertschöpfung zu partizipieren.

Um einige Beispiele des Haushaltes zu nennen, sind u.a. insgesamt 170 Mio. € für die Unterhaltung unserer Wälder in den nächsten 4 Jahren vorgesehen, 350 Mio. € für den Niedersächsischen Weg, 80 Mio. € für die Entwicklung ländlicher Räume oder auch 250.000 € zur Direktvermarktung beispielsweise Hofläden usw. Das Tierwohl steht nach wie vor in unserem Fokus und mit den 150.000 €, sowie 1,6 Mio. € an Präventionsmittel sichern wir damit die notwendigen Verbesserungen.





KOALITION STÄRKT GERICHTE UND STAATSANWALTSCHAFTEN -MINISTERIUM FÜR JUSTIZ-

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitsbelastung an niedersächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften stärken wir die Justizbehörden auch im Jahr 2021 mit zahlreichen unbefristeten neuen Richter- und Staatsanwaltsstellen. Neben der Bekämpfung von Clankriminalität soll sowohl der Kampf gegen Kindesmissbrauch als auch gegen Hasskriminalität und Extremismus intensiviert werden. Ein weiteres Augenmerk legen wir mit zusätzlichen Stellen auf Digitalisierung und die Stärkung des Justizvollzugs.

„Trotz enormer finanzieller Belastungen durch die Corona-Pandemie ist es unserer Justizministerin Barbara Havliza gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Ein demokratischer Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn seine Justiz handlungsfähig ist und Straftaten konsequent verfolgt werden“, sagte unser rechtspolitische Sprecher Christian Calderone im Rahmen der Debatte zum Haushalt. „Hierbei legt die Ministerin die richtigen Schwerpunkte. Wir werden Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern noch stärker verfolgen und darüber hinaus sicherstellen, dass Angriffe gegen kommunale, oft ehrenamtliche Amtsträger künftig schneller vor Gericht verhandelt werden. Das sind wir den Opfern schuldig.“ Neben einer besseren Personalausstattung soll hierbei auch verstärkt auf Prävention gesetzt werden. Ein weiterer wichtiger Baustein der künftigen Justizpolitik ist die Digitalisierung der Behörden sowie der Verfahren selbst. „Wir setzen den Weg zur elektronischen Akte weiter konsequent fort und stellen hierfür nicht nur die Ausstattung, sondern auch die benötigten Stellen zur Verfügung,“ so Calderone abschließend.



UMWELTPOLITIK IST IN NIEDERSACHSEN GUT AUFGESTELLT -MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, BAUEN UND KLIMASCHUTZ-

Als gut aufgestellt hat unser stellvertretende Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecher Martin Bäumer die Umweltpolitik in Niedersachsen anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2021 bezeichnet. „Anders als die früheren grünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister haben wir in diesem Jahr die Beratungen zum Naturschutzgesetz und zum Wassergesetz zu einem positiven Abschluss gebracht. Auch das neue Klimaschutzgesetz ist ein Meilenstein in der niedersächsischen Umweltpolitik“, so Bäumer.

Im neuen Haushaltsjahr stehen über den Niedersächsischen Weg Millionenbeträge für einen verbesserten Natur- und Artenschutz zur Verfügung. Diese Beträge werden ihre Wirkung im Flächenland Niedersachsen entfalten: „Um die Konflikte beim Ausbau der Windenergie abzubauen, starten wir ein Modellprojekt, dass in den Kommunen die Arbeit erleichtern soll. Mit einem verbesserten Flächenmanagement für den Hochwasserschutz tragen wir der Entwicklung Rechnung, dass wir den Ausgleich zwischen Starkregenereignissen und Sommertrockenheit managen müssen“, so Bäumer.

Ganz wichtig ist uns die Verstetigung der Zuschusserhöhung für das Landesbüro Naturschutz (LaBüN). Damit erkennen wir an, dass auch Jäger, Angler und Fischer anerkannte Naturschutzverbände sind und erfüllen verlässlich eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag.



JADEWESERPORT ENTSCHEIDENDER STANDORT FÜR MARITIME WIRTSCHAFT IM NORDEN

Vor dem Hintergrund eines möglichen Rückzugs der Freien Hansestadt Bremen aus der Beteiligung am JadeWeserPort hat unser hafenpolitischer Sprecher, Bernd-Carsten Hiebing, den Bremer Senat vor Schnellschüssen gewarnt. In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde sagte Hiebing, dass das Containerterminal mit seinen baulichen Voraussetzungen tideunabhängig für große Schiffe geeignet ist. „Dieses Alleinstellungsmerkmal wirft man nicht mal eben über Bord. Wenn sich die globalen Märkte nach der Pandemie erholen, wird das auch wieder unsere Häfen fordern. 18 Meter Fahrwassertiefe und eine kurze Revierfahrt von 23 Seemeilen sind schlagkräftige Argumente für die größten Containerschiffe, insbesondere im Wettbewerb mit der Konkurrenz in Rotterdam oder Antwerpen.“

Hiebing betonte, dass der JadeWeserPort dabei nicht mit den Häfen in Hamburg oder Bremerhaven konkurriere, sondern mit seinem speziellen Profil deren Angebote ergänze. „So wurde er konzipiert, deswegen hat sich Bremen beteiligt. Ich kann also nur an den Bremer Senat appellieren, keinen unüberlegten Schnellschuss abzugeben“. Wenn die einzelnen Hafenstandorte ihre individuellen Stärken kombinieren, wird ein großer Mehrwert für die norddeutsche Hafenwirtschaft und somit auch für unser Bundesland entstehen. „Die Koalitionsfraktionen in Niedersachsen sind sich einig, dass der JadeWeserPort auch in Zukunft am besten aufgestellt ist, wenn wir länderübergreifend an seinem Erfolg arbeiten.“ Dennoch sind wir nicht bange, wenn sich Bremen herausziehen würde. Wir sehen den JadeWeserPort nach wie vor als zukunftsfähig an.



NIEDERSACHSEN GEHT BEIM KLIMASCHUTZ ZÜGIG VORAN

„In Niedersachsen geht es im Umweltbereich mit großem Tempo voran. Der Niedersächsische Weg und das Wasserschutzgesetz wurden auf den Weg gebracht. Nun kommt das Klimaschutzgesetz inklusive Verfassungsänderung. Wenn die Grünen nun erklären, es müsse schneller gehen, fehlt ihnen das klimapolitische Fingerspitzengefühl“, so Martin Bäumer, unser umweltpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender in der abschließenden Debatte zum Klimaschutzgesetz.

Wir legen für Niedersachsen erstmals verbindliche Ziele zur Reduzierung von Klimagasen fest. Minus 55% bis 2030 und Klimaneutralität im Jahr 2050, Klimaschutz mit Augenmaß. Gleichzeitig legen wir fest, dass Niedersachsen seinen Energiebedarf bis 2040 bilanziell vollkommen aus erneuerbaren Energien decken muss.

Das Klimaschutzgesetz legt darüber hinaus fest, zukünftig bei Schienenfahrzeugen nur noch emissionsarme Antriebe zu beschaffen, gleiches gilt für den ÖPNV. Fahrzeuge der Landesverwaltung werden nach und nach auf emissionsarme und saubere emissionsfreie Antriebe umgestellt und es wird ein Klimakompetenzzentrum eingerichtet.

Flankiert wird das Ganze von einer 46 Punkte umfassenden Liste für ein umfangreiches Maßnahmenprogramm. Darin enthalten sind zahlreiche Förderprogramme für eine verbesserte Ladeinfrastruktur oder die Anpflanzung von klimaangepassten Wäldern, insgesamt umfangreiche Maßnahmen mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro. „Wir haben hier kein Gesetz novelliert, sondern Neuland betreten. Mit dem Klimaschutzgesetz leisten wir Niedersachsen einen weiteren Schritt für unsere Umwelt“, so Bäumer abschließend.



LENA DÜPONT STEIGT IN DER EVP-FRAKTION AUF

Unsere niedersächsische Europaabgeordnete Lena Düpont (CDU) ist in ihrer Fraktion aufgestiegen: Künftig wird die Gifhornerin als Vize-Koordinatorin der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) tätig sein. Düpont gehört dem Europäischen Parlament seit der Europawahl 2019 an und vertritt unsere Region Nordostniedersachsen. Der LIBE-Ausschuss befasst sich mit Themen, die seit Jahren im Fokus der europäischen Öffentlichkeit stehen, etwa mit der Migrationspolitik. Auch der Neue Pakt für Migration und Asyl, den die EU-Kommission im September vorgeschlagen hatte, wird hier federführend beraten und verhandelt.

Ich gratuliere Lena von ganzem Herzen und wünsche ihr für die neue Aufgabe viel Erfolg.



EU-KOMMISSAR MÖCHTE TIERTRANSPORTE REDUZIEREN

Die Europäische Kommission möchte den Umfang der Tiertransporte in der EU reduzieren und den Tierschutz während der Transporte verbessern. Ein großer Teil der Langstreckentransporte könnte nicht mehr erforderlich sein, wenn die regionale Produktion intensiviert werden würde, so EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski während einer Sitzung des „Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport“ des Europäischen Parlaments (EP). Hierfür wolle die Kommission entsprechende Anreize mit Instrumenten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) schaffen, was wir begrüßen.

Der Untersuchungsausschuss hat die Aufgabe, die Missstände und Verstöße gegen die derzeit geltende Verordnung aufzuarbeiten. Dabei gerät auch der Gesetzestext selbst in den Fokus: Die Verordnung stammt aus dem Jahre 2005 – viele Abgeordnete und auch die Kommission sehen dringenden Reformbedarf. Die Kommission will sie nun überarbeiten, der neue Text soll mit den Zielen der Farm-to-Fork-Strategie vereinbar sein.

Und diese Verordnung war jetzt auch Thema eines virtuellen Gesprächs zwischen unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und Marlene Mortler, stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses. Dazu Ministerin Otte-Kinast: „Wir müssen den Tierschutz während der Transporte dringend weiter verbessern. Das geht nur auf der Grundlage von konkreten rechtsverbindlichen Vorgaben. Deshalb begrüße ich die Überarbeitung der Verordnung!“ Die Ministerin warb in dem Gespräch um Unterstützung für die Punkte, die aus niedersächsischer Sicht aufgenommen werden sollten. Besonders wichtig sei zum Beispiel, dass künftig ein verpflichtender Echtzeit-Zugang zu den Daten der Navigationssysteme der Transportfahrzeuge gewährleistet ist. Ein weiterer Vorschlag ihres Hauses sind individuelle Notfallpläne, um bei Zwischenfällen angemessen reagieren zu können, denn: Was passiert, wenn zum Beispiel Fahren nicht wie geplant fahren können? Ministerin Otte-Kinast: „Solche Vorkommnisse passieren, sie dürfen aber nicht zu Lasten des Tierschutzes gehen!“

Und auch die EU-Kommission unterstützt den Plan Deutschlands, ein EU-weites Tierwohllabel zu etablieren. Damit haben wir wichtige Akzente innerhalb der EU gesetzt!

KONSULTATION ZUR KOSTENSENKUNGSRICHTLINIE BEIM BREITBAND AUSBAU GESTARTET

Am 02.12. hat die Kommission eine öffentliche Konsultation im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie über die Senkung der Breitbandkosten gestartet. Die 2014 eingeführte Richtlinie soll schnelle elektronische Kommunikationsnetze für Menschen in der gesamten EU ermöglichen, indem die damit verbundenen Kosten gesenkt werden und der Ausbau von Glasfaser-, 5G- und anderen schnellen Netzen sollte nicht durch administrative Hürden oder durch die Unfähigkeit, Synergien mit bereits bestehenden Infrastrukturen zu nutzen, verzögert wird. Bis zum 02.03.2021 können Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und alle Interessenträger ihre Vorstellungen einreichen. xibel zur Verfügung stehen, um auf künftige Herausforderungen und Krisen reagieren zu können.



Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!

LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,



die Plenarwoche stand ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021, mit sehr weitreichenden Beschlüssen. Wir haben alle ein anstrengendes, ja, ein Jahr der Herausforderungen hinter uns. Die Corona Pandemie erforderte und fordert von uns nach wie vor eine hohe Aufmerksamkeit, um die Entscheidungen, die wir treffen müssen, wohlüberlegt und abwägend auch zukünftig zu treffen. Das fällt nicht immer leicht und zu Recht wird auch seitens unserer Bürgerinnen und Bürger kritisch hinterfragt, warum und wieso welche Entscheidung zu welchem Zeitpunkt getroffen wurde. Doch wenn wir die jetzt wieder steigenden Zahlen sehen, ist es erforderlich, um Menschenleben zu schützen, die Maßnahmen an das Infektionsrisiko anzupassen.

Für uns stand und steht die Gesundheit des einzelnen Menschen und dessen Schutz immer im Vordergrund. Viele Menschen in unserem Land haben Großartiges geleistet. Ob in der Pflege, Medizin oder Ehrenamt haben sie sich dieser Aufgabe mit Hingabe gewidmet. Nicht zu vergessen, die vielen Tätigen in der Lebensmittelbranche und Logistik, die uns mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln, Dingen des täglichen Bedarfs versorgt haben. Sie arbeiten auf Feldern und Äckern, in Lkws und Supermärkten, in Krankenhäusern, Arztpraxen und natürlich in den vielen Rat- und Kreishäusern sowie der Landes- und Bundesverwaltung. Sie sind es, die im wahrsten Sinne des Wortes den „Laden am Laufen“ gehalten haben und jede Minute darum kämpften, dass es unser Land nicht so schlimm treffen möge wie unsere Freunde in Italien, Spanien oder den USA. Ihnen gilt mein besonderer Dank und meine aufrichtige Anerkennung.

Und mein Dank gilt natürlich auch all jenen, die die Einschränkungen in diesem Jahr hinnehmen und hingenommen haben – nicht klaglos, aber stets im Wissen, das Richtige zu tun, um andere vor einer Infektion und damit unser Gesundheitssystem zu schützen – ein Gesundheitssystem, das offenkundig besser ist, als es viele über Jahre behauptet haben, allerdings an seine Grenzen gerät, **wenn wir nicht auch als Gesellschaft unseren Beitrag leisten!**

Tatsächlich sind die Einschränkungen der Grundrechte und des öffentlichen Lebens, wie wir sie zur Eindämmung des Coronavirus unternommen haben, einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Preis, den wir für die ohne jeden Zweifel richtigen Maßnahmen bezahlen müssen, ist hoch, und er wird in unterschiedlichem Maße von **jedem** getragen werden müssen. Ich hätte niemals daran gedacht, dass in unsere Grundrechte in irgendeiner Form eingegriffen werden könnte. Doch ein „kleines“, unsichtbares Virus hat uns unsere Grenzen aufgezeigt. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass wir diese Freiheit wohl erst dann vollständig zurückerlangen können, wenn der Ausbreitung des Virus medizinisch beizukommen ist – und nicht nur durch das Runterfahren des öffentlichen Lebens. Alles steht und fällt mit dem jetzt zu erwartenden Impfstoff und auch der weiteren Einhaltung der Hygieneregeln. Wir werden weiterhin Verzicht und soziale Distanz üben müssen, auch über die bevorstehenden Festtage.

Eines ist aber jetzt schon sicher: Diese Pandemie wird irgendwann vorbei sein, und dann werden auch alle Kontaktverbote, Abstandsregeln und Geschäftsschließungen ein Ende finden. Dafür braucht es Kraft und Disziplin, von uns gemeinsam.

Wir werden weiterhin verlässlich, transparent und den Konsens suchend mit allen Beteiligten arbeiten, um die Konsequenzen aus der Pandemie zu minimieren.

Ich wünsche Ihnen nun eine besinnliche Adventszeit und vor allen Dingen ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien. Bleiben Sie gesund und ich wünsche Ihnen, dass wir dann ab Frühjahr 2021 entspannter die Zukunft und voller Tatendrang gemeinsam gestalten können.

Herzlichst Ihre



Frohe Weihnachten
&
EIN GUTES NEUES JAHR



Gudrun Pieper MdL | Hauptstraße 9 | 29690 Schwarmstedt

Website:

www.gudrunpieper.de

Kontakt:

 05071-8002525

E-Mail-Adresse:

 info@gudrunpieper.de